

# Evangelische Verantwortung

## Wo bleibt Afrika? Betrachtungen zur aktuellen deutschen Entwicklungspolitik

Klaus-Jürgen Hedrich

Entwicklungspolitik ist ein zentrales Element zur Bewältigung weltweiter Zukunftsprobleme und sollte daher stets in der gesamtpolitischen Konzeption einer Bundesregierung einen angemessenen Platz erhalten. Der deutschen Entwicklungspolitik liegen in erster Linie Motive einer ethisch-humanitären und einer über die nationalen Grenzen hinausgehenden politischen Verantwortung zugrunde. Diese politische Verantwortung spiegelt zugleich auch das eigene Interesse an der Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen und der Abwehr globaler Risiken wider.

Internationale Solidarität und somit die Entwicklungspolitik entspringen unserem eigenen Interesse an einer politisch stabilen und wirtschaftlich prosperierenden Welt. Die Entwicklungspolitik ist ein Instrument des Stabilitäts- und Wohlstandstransfers sowie der **Krisenprävention** und hat somit erhebliche Bedeutung für unsere außenwirtschaftlichen Beziehungen sowie außenpolitischen und – unter Verwendung eines erweiterten Sicherheitsbegriffs – sicherheitspolitischen Interessen. Dies wird nicht nur in unseren Beziehungen zu den MOE/NUS-Staaten, den Mittelmeeranrainern und der Türkei, sondern insbesondere auch im Verhältnis zu den sogenannten Schwellenländern wie z.B. China, Indien oder Brasilien deutlich.



**Klaus-Jürgen Hedrich:**  
**Trotz einiger Entwicklungsfortschritte sind Armut und Instabilität in Afrika vielerorts gestiegen.**

Gerade die letztgenannte Gruppe steigert ihre weltweite politische und wirtschaftliche Bedeutung immer weiter, parallel dazu wächst aber auch das Ausmaß der dort verursachten Umwelt- und Klimaschäden. Und nicht zu vergessen ist, dass in den Schwellenländern etwa 73 Prozent der Armen der Welt (bis zu 1 US-\$ Tagesverdienst) leben. Keinesfalls vernachlässigt werden sollte in dieser entwicklungspolitischen Gesamtschau unser **südlicher Nachbarkontinent Afrika** und dort vor allem die Länder südlich der Sahara.

Mit kaum einer anderen Weltregion wird deutsche Entwicklungspolitik in der Öffentlichkeit so eng verknüpft wie mit Afrika. Mit einem Anteil von ca. 30 Prozent an den ODA-Nettoauszahlungen der letzten Jahre und einem mittlerweile in Richtung 40 Mrd. DM tendierenden Gesamtvolumen seit Beginn der Zusammenarbeit bilden die Länder Afrikas südlich der Sahara quantitativ immer noch einen Schwerpunkt deutscher Entwicklungszusammenarbeit. Dort hat der weltweite Strukturwandel seit Beginn der 90er eine tiefgreifende Reformdynamik ausgelöst, die die Länder der Region heute in ihren sozialen, wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen differenziert wie nie zuvor.

### Schwerpunkte deutscher Entwicklungszusammenarbeit

Länder wie z.B. Südafrika, Nigeria, Namibia, Ghana, Mosambik, Benin, Mali oder Senegal haben nennenswerte **Schritte zur Konsolidierung** ihrer politischen und wirtschaftlichen Systeme vollzogen. Diesen erfreulichen Entwicklungen stehen leider eine Reihe bedenklicher **Konflikte und Krisenherde** z.B. im

## Themen:

Afrika und Entwicklung stiegen	2
Medien	8
Medienpolitik	10

Kongo, Sudan, in Somalia, Sierra Leone und vor allem Äthiopien und Eritrea sowie eine Verschlechterung der innenpolitischen wie wirtschaftlichen Situation in nicht wenigen anderen afrikanischen Staaten gegenüber. Simbabwe und die verantwortungslose Politik seines sozialistischen Präsidenten Mugabe, die das einst blühende Land immer tiefer in innenpolitische Konflikte, wirtschaftlichen Niedergang und den Kongo-Krieg treibt, mag hier als abschreckendstes Beispiel genannt werden.

Obwohl unbestreitbar sein dürfte, dass sich gerade auch wegen massiver Unterstützung von multi- und bilateraler Geberseite einige erwähnenswerte Entwicklungsfortschritte in der Bilanz der Situation Afrikas am Ende der 90er Jahre eingestellt haben, ist dennoch nicht zu übersehen, dass die angestrebten Entwicklungsziele bislang in den Ländern Afrikas südlich der Sahara nicht im erhofften Umfang erreicht wurden, ja die **Armut und Instabilität vielerorts** sogar **gestiegen** ist. Die Hauptursachen hierfür dürften in erster Linie bei den negativen internen Rahmenbedingungen dieser Länder zu suchen sein.

### „Bremsklötze“ Afrikas

Abgesehen von der Geißel der Aids-Epidemie, die in Afrika weltweit gesehen mit Abstand am schlimmsten wütet, sind für einen Großteil des afrikanischen Kontinents Defizite wie z.B. wenig gefestigte Staatswesen, Menschenrechtsverletzungen, hohe Militärausgaben, bürokratischer Filz, Misswirtschaft und Korruption sowie nicht zuletzt zahlreiche Bürgerkriege und zwischenstaatliche Konflikte mit dem weltweit höchsten Flüchtlingsaufkommen immer noch traurige Realität. Sie sind die hauptsächlichsten Bremsklötze Afrikas auf dem Weg zu mehr Entwicklung, Wirtschaftswachstum und Wohlstand.

Ergebnis unserer jahrzehntelangen entwicklungspolitischen Erfahrungen insbesondere mit Afrikas Wirklichkeit ist das Grundprinzip, dass Entwicklungszusammenarbeit als **Hilfe zur Selbsthilfe** konzipiert sein muss. Die entscheidende Verantwortung für die Schaffung entwicklungsfördernder Rahmenbedingungen liegt bei unseren Partnerländern

selbst. Die Unterstützung durch die Entwicklungszusammenarbeit ist subsidiär und komplementär zu den Eigenanstrengungen der Regierungen und der Menschen in den Partnerländern. Dementsprechend sind für Entwicklungsfortschritte oder Misserfolge in erster Linie die internen politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in den Partnerländern entscheidend.

### Voraussetzungen für die Zusammenarbeit

Aus diesem Grunde erhob die Bundesregierung auf Initiative der CDU/CSU zu Beginn der neunziger Jahre die **fünf** wichtigsten entwicklungsfördernden internen **Rahmenbedingungen** zu Kriterien für den Einsatz von Instrumenten und Mitteln der Entwicklungszusammenarbeit. Sie bestehen aus der **Beachtung der Menschenrechte**, der Beteiligung der Bevölkerung an politischen Entscheidungen, Rechtsstaatlichkeit und Gewährleistung von Rechtssicherheit, der Schaffung einer marktwirtschaftlich, ökologisch und sozial orientierten Wirtschaftsordnung sowie der Entwicklungsorientierung staatlichen Handelns der jeweiligen Entwicklungslandregierung (verantwortliche Regierungsführung).

Sicherlich ist die von der gegenwärtigen Bundesregierung bekundete Bereitschaft begrüßenswert, mittels dieser Kriterien auch weiterhin über Umfang und Art der Zusammenarbeit mit einem Partnerland zu entscheiden. Ich vermisse aber eine konsequente Befolgung dieses Ansatzes. Diese Feststellung mache ich nicht nur fest an der Tatsache, dass die Bundesregierung die bilaterale staatliche Entwicklungszusammenarbeit mit einem kommunistisch-totalitär gelenkten Staat wie Kuba aufnimmt, in dem keines der fünf entwicklungspolitischen Kriterien wenigstens im Ansatz erfüllt ist. Auffällig war auch, wie wenig Engagement die Bundesregierung dabei gezeigt hat, ein so wichtiges Prinzip wie verantwortliche Regierungsführung mittels der Möglichkeit der Verhängung von Sanktionen im kürzlich abgeschlossenen Lomé-Nachfolgeabkommen mit den sogenannten AKP-Staaten, deren Großteil in Afrika südlich der Sahara liegt, abzusichern. Die **Androhung von Sanktionen** nur für den Teilaspekt

schwerer Korruption **reicht** hierfür bei weitem **nicht** aus.

### Defizite aktueller Entwicklungspolitik

Leider bleibt dies nicht das einzige entwicklungspolitische Defizit der Bundesregierung. Denn es offenbart sich immer augenscheinlicher, dass ihr ein schlüssigkohärentes Konzept zur Ausrichtung ihrer Außen- und Entwicklungspolitik auf die aktuellen globalen Herausforderungen fehlt. Dies dokumentiert sich nicht nur in den von ihr beschlossenen drastischen Kürzungen des deutschen Entwicklungshaushalts, sondern auch im **Fehlen einer realistischen Strategie** für unsere Zukunft in einer immer enger zusammenwachsenden Welt.

Zu Recht muss sie sich den Bruch zahlreicher Versprechen, den Missbrauch des Entwicklungshaushalts als Steinbruch für die Haushaltssanierung sowie eine Politik kurzfristiger Effekthascherei vorwerfen lassen. Beispiel hierfür ist das Schicksal der aktuellen deutschen Entwicklungszusammenarbeit mit den Ländern Afrikas. Trotz vollmundiger gegenteiliger Beteuerungen der gesamten Bundesregierung einschließlich Bundeskanzler Schröder und seiner Kabinettsmitglieder Fischer und Wieczorek-Zeul hat sie ihr politisches und finanzielles Engagement für Afrika südlich der Sahara in jüngster Zeit bedenklich reduziert.

Abgesehen von der haushaltspolitisch erzwungenen Reduzierung der Entwicklungszusammenarbeit mit vielen Ländern Afrikas verhallten Aufrufe zur Beteiligung Deutschlands an der Bewältigung gefährlicher innerafrikanischer Konfliktlagen wie z.B. des Kongo-Krieges auf politischer Ebene ungehört. Ohne Rücksicht auf entwicklungs- und sonstige politische Implikationen wurde die Schließung deutscher diplomatischer Vertretungen und auswärtiger Kultureinrichtungen vor allem in Afrika südlich der Sahara verfügt.

### Subsidiarität und Komplementarität

Sicherlich könnte dieser „Rückzug“ der staatlichen deutschen Außen- und Entwicklungspolitik aus Afrika zumindest zum Teil ausgeglichen werden durch eine effizientere Organisation der EU-

### und multilateralen Entwicklungskooperation.

Die EU-Entwicklungszusammenarbeit müsste sich abgesehen von ihrem notwendigen Bemühen um eine generelle Qualitätssteigerung ihrer Entwicklungsprojekte und -programme endlich strikter nach den ihr im EG-Vertrag vorgeschriebenen Strukturprinzipien der Subsidiarität und Komplementarität ausrichten. Zusätzlich müssten auch die nationalen Entwicklungsaktivitäten der EU-Partner untereinander besser miteinander verzahnt werden.

Schließlich wäre allgemein über eine klarere internationale **Arbeitsteilung** zwischen bi- und multilateralen Gebern nachzudenken. Multilaterale Geber einschließlich der EU sollten sich künftig eher auf die Entwicklungsländer mit niedrigem Entwicklungsstand, insbesondere die am wenigsten entwickelten Länder (LDC) konzentrieren, von denen der Großteil in Afrika liegt.

Deutschland sollte seine dortige Entwicklungszusammenarbeit auf sektorale und regionale Vorhaben limitieren und den Schwerpunkt ihrer Kooperationsaktivitäten eher auf die fortgeschrittenen Entwicklungsländer einschließlich der Schwellen- und Transformationsländer konzentrieren. Dieser Vorschlag fußt auf der Erkenntnis, dass die in einem Großteil der „ärmsten“ Entwicklungsländer nur schwach ausgebildete Administration bzw. Absorptionsfähigkeit schnell überfordert wird, wenn die Bandbreite der im Land tätigen multi- und bilateralen Geber zu groß ist.

Damit käme aber auch den **Nichtregierungsorganisationen** eine umso wichtigere Rolle in Bezug auf Afrika zu. Dort könnten ihre in der Nähe zu armen, unterprivilegierten Bevölkerungsgruppen sowie in der Mobilisierung von Selbsthilfe und Eigeninitiative liegenden Stärken besonders gut zum Tragen kommen. Zudem dürfte gerade der krisengeschüttelte afrikanische Kontinent genügend Ansatzpunkte für die häufig schnellere Reaktionsfähigkeit und größere Flexibilität der nichtstaatlichen Entwicklungszusammenarbeit bieten. Hierfür können beispielsweise im Hinblick auf institutionelle Beratung, die in Entwicklungslän-

dern nach Beendigung einer Krisensituation oder Diktatur wie in Nigeria erforderlich wird, die **politischen Stiftungen** wichtige Beiträge leisten.

Als hilfreich dürfte sich dabei auch erweisen, dass staatliche und private Entwicklungszusammenarbeit bisher meistens gut kooperiert bzw. sich passend

ergänzt haben. Bei vorrangigen Zielen wie z.B. der Armutsorientierung der Entwicklungshilfe besteht sogar traditionell weitgehende Übereinstimmung. ■

#### Anm.:

Klaus-Jürgen Hedrich, MdB, ist Entwicklungspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

## Demokratieförderung am Äquator – Die Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung in Uganda

Thomas S. Knirsch

**„Wo arbeiten Sie, in Uganda“? Eine Frage mit einem Unterton, als könne man es nicht fassen! Ein Einzelfall – nein. Das ostafrikanische Land am Äquator leidet noch immer unter Bildern, die vor fast drei Jahrzehnten um die Welt gingen: Idi Amin. Da ändert auch die Tatsache wenig, dass wiederum drei Jahrzehnte zuvor Uganda wegen seiner reichen Fauna und Flora von Winston Churchill als „die Perle Afrikas“ bezeichnet wurde - eine Beschreibung die auch heute wenig ihrer Aussagekraft verloren hat. Als Anfang des Jahres 2000 schließlich die Bilder der ermordeten 1000 Anhänger einer Kultsekte in Kanungu (Südwest-Uganda) über die Nachrichtensendungen in die Welt verbreitet wurden, waren sie wieder da - die Negativschlagzeilen. Nur Schlaglichter der Weltöffentlichkeit?**

### Verspielte Chancen

Das ehemalige britische Protektorat Uganda wurde im Jahre 1962 in die Unabhängigkeit entlassen. Die zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit günstigen Voraussetzungen für die weitere Entwicklung Ugandas wurden dennoch in kürzester Zeit verspielt. So existierten zunächst noch Ansätze für ein föderales politisches System, ein parlamentarisches Mehrparteiensystem, dessen Anfänge in die fünfziger Jahre zurück reichte, ein funktionierendes System der Gewaltenteilung, eine (relativ) lei-

stungsfähige öffentliche Verwaltung und eine in die Kooperation zwischen den ostafrikanischen Ländern (Tansania, Kenia, Uganda) eingebettete marktwirtschaftliche Ordnung.

Nach dem Staatsstreich im Jahre 1966 durch den sozialistisch orientierten Ministerpräsidenten Milton Obote wurden die Verfassung aus dem Jahre 1962 suspendiert, die föderalen Ordnungselemente beseitigt, die in Opposition zu ihm stehenden Parteien schrittweise verboten und der staatliche Einfluß im Bereich der Wirtschaft systematisch ausgebaut. Zur weiteren Erosion des Staates führte schließlich die menschenverachtende Diktatur des Militärbefehlshabers Idi Amin (1971-1979), der ein jahrelanger Kampf im Untergrund folgte, den der heutige Staatspräsident Yoweri Kaguta Museveni zwischen 1981 und 1985 gegen die 1980 durch Wahlfälschung erneut an die Macht gekommene Regierung Obote führte.

### Neubeginn mit Stolpersteinen

Trotz großer Fortschritte der seit 1986 amtierenden Regierung Musevenis, vor allem durch die Einführung des **liberalen Wirtschaftsmodells**, bleibt die Liberalisierung der Politik hinter diesen positiven Ansätzen zurück. Als Entwicklungshemmnisse Ugandas und mögliche Konfliktpotentiale müssen weiterhin das fehlende Verständnis der Regierung für die breite Partizipation der Bevölkerung/ Zivilgesellschaft an Entscheidungen des



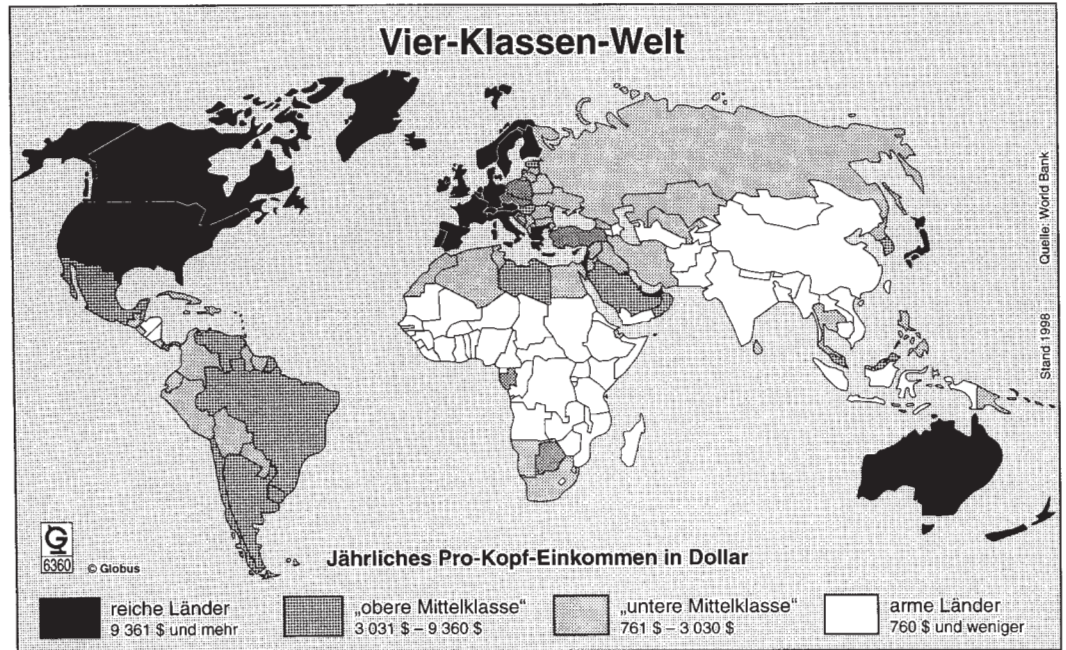
Staates, für die Rolle von Parteien und parlamentarischer Opposition, für die Notwendigkeit der umfassenden Kontrolle der Regierung, für die Beschränkung des Einflusses des Militärs, für die Gewährleistung von Rechtsstaatlichkeit/Rechtssicherheit und für den umfassenden **Schutz der Rechte von Minderheiten** betrachtet werden.

Die Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung in Uganda möchte einen Beitrag zur Beseitigung dieser Hindernisse leisten. Im Vordergrund steht die Kooperation mit lokalen Organisationen in den vier Schwerpunktbereichen: Demokratie- und Parteienförderung, Rechtsstaatsförderung und Menschenrechte, Frauenförderung und Medienkooperation. Hierzu einige praktische Einblicke:

## Spiel mit gebundenen Händen

Die neue Verfassung Ugandas aus dem Jahre 1995 sieht die weitere Suspendierung von Parteienaktivitäten (Art. 269ff) bis zur Schaffung eines **neuen Parteiengesetzes** vor, das bislang nicht verabschiedet wurde. Jetzt wurde mittels eines Referendums am 29. Juni 2000 über das zukünftige politische System Ugandas entschieden: 90% stimmten für das Fortbestehen des (K-)Ein-Parteien-Systems und damit gegen die (Wieder-) Einführung des Mehrparteiensystems. Eine freie Wahl war dieses Referendum nicht. Und wie hätten die Anhänger einer Partei für die (Wieder-) Einführung des Mehrparteiensystems werben können, sind ihnen diese Aktivitäten qua Verfassung doch verboten?

Seit 1979 erarbeitet die Konrad-Adenauer-Stiftung mit der Foundation for African Development (FAD) Bildungsmaßnahmen für die Anhänger des Mehrparteiensystems. Die Kontinuität dieser Arbeit hat dazu geführt, daß FAD heute dieses „Verfassungsvakuum“ teilweise ausfüllen kann. Die von FAD erbrachten Beratungsleistungen für die christdemokratische Democratic Party (DP) haben schließlich Anfang Juni 2000 dazu geführt, dass Verfahrensmängel bei der Verabschiedung des Gesetzes zur



Durchführung des Referendums vom Obersten Gerichtshof festgestellt wurden und nachgebessert werden mußten. Ein Achtungserfolg für die „gegeißelte“ Opposition.

## Frauen für Entwicklung

Die ugandische Verfassung aus dem Jahre 1995 gilt – im afrikanischen Kontext – als sehr fortschrittlich im Bereich der Verankerung von **Frauenrechten**. So besetzen beispielsweise Frauen heute per Verfassung ein Drittel aller öffentlicher gewählten Ämter.

## Die Macht der Mikrofone

Die Konrad-Adenauer-Stiftung in Uganda arbeitet seit 1989 mit der Frauenorganisation Action For Development (ACFODE) zusammen. Im Rahmen von Bildungsmaßnahmen, Forschungsarbeiten und Publikationen wird über die Jahre hinweg für die Stärkung der **Partizipation von Frauen** geworben. Mitglieder von ACFODE nahmen an den Beratungen zur Verfassungsgebung 1993/94 teil und stellen heute einen Großteil der weiblichen Parlamentsabgeordneten. Eine Vielzahl von Entscheidungsträgerinnen in den Distrikten werden seit dem 1997 eingeleiteten Prozess der Dezentralisierung staatlicher Strukturen von ACFODE geschult, ihre Aufgaben besser wahrzunehmen, um Entwicklungen einzuleiten und zu begleiten.

Medien übernehmen in einem Regierungssystem, in dem die Aktivitäten der Parteien stark eingeschränkt sind, klassische Aufgaben der Opposition: Artikulation und Kommunikation alternativer Politikkonzepte.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung in Uganda hat seit 1980 etwa 50 Journalisten professionell ausbilden lassen. Der überwiegende Teil besetzt heute herausgehobene Stellungen bei Zeitungen, Radio- und Rundfunkstationen. Die in einem Verband Uganda Media Development Foundation (UMDF) zusammen geschlossenen Journalisten produzieren seit 1999 ein Radioprogramm in lokalen Sprachen um die meist ländliche Bevölkerung (90 Prozent) des Landes, die sonst kaum Zugang zu Informationen haben, über ihre Rechte und Pflichten als Bürger zu informieren – ein Novum.

Die traditionellen Parteien Ugandas sind u.a. durch die seit 1966 anhaltenden Restriktionen finanziell geschwächt, programmatisch vage und vor allem personell überaltert – keine attraktive politische Alternative.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung in Uganda entwickelt in Kooperation mit der Uganda Martyrs University einen zweijährigen Korrespondenz-Studiengang für junge Politiker in Uganda, um die personelle Verjüngung der Parteien zu unterstützen, und vor allem (potentielle) Jungpolitiker außerhalb der Haupt-

stadt an die Aufgaben und das Management einer Partei heranzuführen.

### Optimismus mit Realismus

Die Entwicklungsaussichten für Uganda sind nicht schlecht. Ein durchschnittliches jährliches Wirtschaftswachstum über die letzten zehn Jahre von ca. 8 Prozent läßt diesen positiven Trend – gerade im afrikanischen Vergleich – er-

kennen. Diese Zahlen dürften jedoch nicht darüber hinweg täuschen, dass neben der wirtschaftlichen Transformation die **politische Entwicklung zurück bleibt**. Sollte es Uganda daher nicht gelingen, ein System der friedlichen Übergabe von Macht (z.B. Mehrparteiendemokratie) zu etablieren, dürften die Prognosen freilich weniger positiv ausfallen. Eine Randnotiz zum Schluß: Bislang wurden ehemalige

Präsidenten Ugandas entweder begraben oder ins Exil verbannt. Hier tut Wandel dringend Not, in Uganda, „der Perle Afrikas“.

### Anm.:

Thomas S. Knirsch, Politikwissenschaftler, ist Landesbeauftragter der Konrad-Adenauer-Stiftung für Uganda seit 1997.

## Kirchliche Entwicklungsarbeit am Beispiel der Aktion „Brot für die Welt“ und darüber hinaus

Cornelia Füllkrug-Weitzel

Die Aktion „Brot für die Welt“ ist seit 1959 der wohl deutlichste Ausdruck des Engagements der evangelischen Kirchen in Deutschland für die „Dritte Welt“. „Brot für die Welt“ als eine Aktion der Gemeinden der evangelischen Landes- und Freikirchen wurde seit Beginn im Auftrage der EKD vom Diakonischen Werk der EKD verantwortet. Das 40-jährige Jubiläum der Aktion „Brot für die Welt“ hat deutlich gemacht, dass „Brot für die Welt“ einen festen Standort im Rahmen der Entwicklungshilfe in Deutschland und weltweit hat und dass die Organisation einer der verlässlichsten Partner weltweit ist: Die jahrzehntelange Treue der Gemeinden und vieler Spender/innen zu „Brot für die Welt“ hat uns ein kontinuierliches und nachhaltiges Engagement ermöglicht, das nicht von kurzfristigen Modetrends geprägt ist.

Dies hat den Partnern Chancen zu langfristiger Perspektiventwicklung eröffnet und „Brot für die Welt“ die Chance, aus Erfahrungen zu lernen und sich im Dialog mit den Partnern entsprechend weiter zu entwickeln, eine „lernende Organisation“ zu sein. Eine gute Mischung aus langjährigen und jüngeren haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiter/innen hat uns geholfen, beide Elemente, die die Qualität der Aktion ausmachen, zusammen zu halten: Kontinuität und Wandel.



Pfarrerin Cornelia Füllkrug-Weitzel: Dauerhafter Frieden ist die Basis von Entwicklung in der Region.

### Grundlagen kirchlicher Entwicklungsarbeit

Theoretische Basis für die Übernahme von Verantwortung im Bereich Entwicklungshilfe durch die evangelischen Kirchen in Deutschland bildet die Denkschrift „Der Entwicklungsdienst der Kirche – ein Beitrag für Frieden und Gerechtigkeit in der Welt“ von 1973. Diese Basis ist zwar ergänzt und erweitert worden, ist aber heute nach wie vor gültig. „Für den kirchlichen Entwicklungs-

dienst ist unbeschadet der andauernden Diskussion eine Grundentscheidung gefallen: Er hat sich der Menschen anzunehmen, die an den Rand ihrer Gesellschaft gedrängt werden und denen niemand hilft. Um ihretwillen arbeitet er mit an der Änderung gesellschaftlicher Verhältnisse.“<sup>1</sup>

Die Denkschrift führt weiter aus: „Die Christen werden zum Anwalt für Gerechtigkeit in der Welt. Sie warten nicht, bis die sozialen Probleme im eigenen Volk gelöst sind, ehe sie sich den sozialen Nöten der anderen Völker zuwenden. Sie setzen sich für eine Änderung der Besitzverhältnisse ein, wo diese eine volle Beteiligung aller Bevölkerungsgruppen an der Entwicklung verhindern. Sie wehren sich gegen das Profitstreben als einzigen Motor der wirtschaftlichen Entwicklung und verhelfen solchen Maßnahmen zur Geltung, die den Ausgleich zwischen den reichen und den armen Völkern erleichtern. Die Christen arbeiten dabei mit allen Menschen unbeschadet ihrer religiösen, politischen und weltanschaulichen Überzeugungen zusammen, die gleiche Ziele verfolgen.“<sup>2</sup>

Diese Grundlegung kirchlicher Entwicklungsarbeit wurde durch zwei Strategie-papiere von „Brot für die Welt“ präzisiert: 1989 verabschiedete der Ausschuss für Ökumenische Diakonie des Diakonischen Werkes der EKD das Strategiepapier „**Den Armen Gerechtigkeit**“. Dieses Papier wurde im Laufe der Jahre durch weitere Erfahrungen und Diskussionen mit den Partnern von „Brot für die Welt“ im Süden und durch den Dialog mit kirchlichen und nichtkirchlichen Nichtregierungsorganisationen im Norden erweitert und ergänzt und Ende 1999 als „**Den Armen Ge-**



**rechtigkeit 2000 – Herausforderungen und Handlungsfelder**<sup>3</sup> in überarbeiteter Form beschlossen.

### Hilfe zur Selbsthilfe

Im Zeitalter der Globalisierung drängen die Partner von „Brot für die Welt“ mehr als in der Vergangenheit darauf, dass kirchliche Entwicklungshilfe nicht nur durch finanzielle Unterstützung von Entwicklungsprojekten im Süden aktiv wird. Sie fordern uns immer nachdringlicher auf, unsere Mittel und unseren Einfluss auch zu nutzen, um auf möglicherweise negative Folgen politischer, ökonomischer und sozialer Entscheidungen und Prozesse im Projektland und im Norden hinzuweisen und sie abmildern oder sogar verhindern zu helfen. In diesem Sinne haben wir Lobbyarbeit kirchlicher und nichtkirchlicher Projektpartner gegenüber ihren eigenen Regierungen im Süden schon länger zu unterstützen versucht.

### Probleme der Entwicklungshelfer

Bei vielen der von uns finanzierten Projekte im Süden werden ja nicht nur Handwerk und Kleingewerbe als Einkommensquelle gefördert, Gesundheitsstationen aufgebaut, Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten geschaffen, nachhaltige Landwirtschaft gefördert, medizinische Grundversorgung sichergestellt. Vielmehr werden häufig die Zielgruppen (z. B. Frauen, Landlose oder Minderheiten) daneben auch darin unterstützt, Ihre Rechte einzufordern und Entscheidungsträger zu drängen, im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung und nicht im Interesse von einzelnen Gesellschaftsgruppen Entscheidungen zu treffen. In diesem Sinne beraten, unterstützen und vernetzen wir sie z.B. auch bei nationalen Anti-Korruptionskampagnen und Aufklärungskampagnen über Demokratie und über die Notwendigkeit einer ‚**Kultur des Rechtes**.‘ Gerade diese Elemente – wie auch die Unterstützung der Partnerkirchen dabei, eine stärkere Rolle in Friedens- und Versöhnungsprozessen zu spielen – erhalten zunehmend Gewicht in unserer Förderpolitik - speziell in Afrika.

Deutlicher denn je ist aber auch, dass viele Probleme nicht allein durch Maß-

nahmen im Süden zu lösen sind, weil sie nicht bloß „hausgemacht“ (Stichwort: Misswirtschaft und Korruption) sind, sondern auch durch die Industrienationen produziert werden und dort Lösungen gesucht werden müssen. Da Kirchen in unserer Gesellschaft relativ mehr Gewicht und Autonomie besitzen als in den jeweiligen Partnerländern, bitten die Partner darum, dass kirchliche Entwicklungshilfe noch stärker zum Anwalt der Partner im Süden gegenüber der Öffentlichkeit und den Entscheidungsträgern in Politik und Wirtschaft im Norden wird.

Innerhalb des weltweiten Netzwerkes kirchlicher Entwicklungshilfswerke sowie von anderen Nichtregierungsorganisationen und sogar von staatlich Verantwortlichen für Entwicklungshilfe (europaweit) wird derzeit die Notwendigkeit von Veränderungen der makroökonomischen Rahmenbedingungen für erfolgreiche Entwicklungsbemühungen aber nicht mehr infrage gestellt (Stichwort: Schuldenkrise). Auch das BMZ muss mehr und mehr feststellen, dass das Interesse von Öffentlichkeit und Regierung an Entwicklungshilfe nachlässt, dass der Entwicklungshilfe-Etat unter den Regierungskoalitionen am schnellsten für Kürzungen zur Disposition steht, dass generell von der Öffentlichkeit her auch mehr und mehr über den Sinn und die Effizienz von Entwicklungshilfe nachgedacht wird.

### Projektförderung als „Zentrum“

Grundlegende Verbesserungen der wirtschaftlichen und sozialen Situation der Bevölkerungsmehrheit in Entwicklungsländern sind – ohne gleichzeitige Veränderungen in der Weltwirtschafts-, Weltsozial-, Weltrüstungs- und Umweltpolitik – nur zu einem bescheidenen Teil durch Entwicklungsfinanzierung – und sei es staatliche – zu erzielen. Was hilft es – im Sinne des alten Sprichworts der Entwicklungshilfe „Gebt einem Mann einen Fisch und er wird einen Tag satt. Lehrt ihn fischen und gebt ihm eine Angel und er kann seine Familie jeden Tag ernähren“ – Fischereikooperativen gründen zu helfen und mit Booten auszustatten, wenn die Meere überfischt oder die Flüsse vergiftet (Stichwort: Theiß!) sind?

Sowohl im Bereich internationaler (UN) wie nationaler Politik wird darum heute der **Lobby-Tätigkeit unabhängiger Nichtregierungsorganisationen** eine wachsende Bedeutung bei der Beeinflussung politischer Prozesse eingeräumt. Zumal wenn sie – wie „Brot für die Welt“ durch ein eigenes riesiges weltweites Partnernetzwerk, eine Vernetzung mit allen anderen evangelischen Entwicklungshilfswerken in Europa und eine enge Zusammenarbeit mit Misereor – an gemeinsamen weltweiten Bemühungen teilhaben.

Solches Engagement kann verschiedene Formen annehmen, die zum Teil im letzten Jahrzehnt schon in der „Gemeinsamen Konferenz für Kirche und Entwicklung“ der EKD und der römisch-katholischen Kirche in Deutschland, in deren Reihen auch „Brot für die Welt“ mitwirkt, und von „Brot für die Welt“ im Verbund mit der katholischen Schwesterorganisation ‚Misereor‘ erprobt wurden: Dialog mit international tätigen Industriekonzernen, bzw. ganzen Branchen über ethische Gesichtspunkte ihrer Aktivitäten in Entwicklungsländern (z. B. Pharmadialog), Unterstützung der Einführung von Gütesiegeln für ethisch vertretbare (z. B. ohne Kinderarbeit produzierte) Produkte (z. B. Rugmark-Siegel für Teppiche), Dialog mit Verantwortlichen von Weltbank und IWF (z.B. bezüglich der internationalen Schuldenproblematik), Kampagnen, die das ethische Bewusstsein der Verbraucher stärken (z. B. Orangensaft oder Blumenkampagne) etc.

Projektförderung ist und bleibt das Zentrum und der Ausgangspunkt allen Engagements von „Brot für die Welt“. Bei allen ergänzenden Bemühungen um die Verbesserung der Rahmenbedingungen kann es aber nur und muss es ganz konkret um die **langfristige Absicherung der Entwicklungserfolge** der von uns unterstützten Projekte der Armen gehen.

Ursachenbekämpfung macht Entwicklungshilfe aber keineswegs überflüssig: Den Armen muss heute und jetzt in ihrem täglichen Überlebenskampf geholfen werden und dieser Verantwortung können Christen sich nicht durch Hinweis auf fällige langfristige Verände-

rungsprozesse entziehen. Kirchliche Entwicklungshilfe kann und muss darüber hinaus weiterhin Projekte und Aktionen unterstützen, die Hoffnung stiften, d.h. die deutlich machen, dass Veränderungen negativer Prozesse möglich sind: dass ökonomische Verhältnisse sich zugunsten der Ärmsten verbessern können, dass die sozialen Grundrechte von Menschen realisiert werden können und dass auch Frieden und Versöhnung möglich sind. Selbst wenn diese Aktionen eher exemplarisch sind, so ist ihre Signalwirkung nicht zu unterschätzen.

### „Ökumenische Diakonie“

Die Akzeptanz der Entwicklungshilfe wird heute auch vielfach dadurch untergraben, dass man in den Krisenregionen dieser Welt häufig scheinbar nicht mehr von Entwicklungshilfe, sondern nur noch von **Katastrophenhilfe** reden kann. „Brot für die Welt“ und das Diakonische Werk haben mit ihrer engen Verzahnung von Katastrophenhilfe und Entwicklungshilfe unter dem Dach des Bereichs **„Ökumenische Diakonie“** eine gute Chance, den in diesem Kontext auftretenden Problemen gerecht zu werden und sicher zu stellen, dass nicht das eine gegen das andere ausgespielt wird: In Katastrophensituationen mobilisiert das Diakonische Werk öffentliche und private Mittel zur Durchführung von humanitären Hilfsmaßnahmen, die wo irgend möglich, von lokalen Trägern durchgeführt werden. Diese Partner sind nicht selten die Partner von „Brot für die Welt“.

Von vornherein wird die unmittelbare Nothilfe so angelegt, dass sie die langfristigen Entwicklungsperspektiven der Region mit im Blickpunkt hat. (So bevorzugen wir z.B. für die Versorgung der notleidenden Bevölkerung oder der Flüchtlinge den Ankauf von Lebensmitteln, Baumaterialien und Textilien in der Region, statt durch den Import großer Mengen auswärtiger Produkte den regionalen Absatzmarkt – manchmal auf Jahre hin – zu (zer)stören.) „Brot für die Welt“ greift in der darauf folgenden Übergangsphase von Katastrophenhilfe zur Entwicklungshilfe ein, fördert Wiederaufbau- und Rehabilitationsmaßnahmen und dann später Entwicklungshilfemaßnahmen.

### Frieden als Basis von Entwicklung(shilfe)

An vielen der Katastrophensituationen wird aber durchaus die Grundproblematik der „Dritten Welt“ deutlich: Eine durch Naturereignisse ausgelöste Krise wird zur Katastrophe, weil sie durch menschliche Aktionen oder Unterlassungen verstärkt wird. Die jüngste Hungerkatastrophe in Äthiopien ist ein deutliches Beispiel hierfür: Das wiederkehrende Phänomen von Dürreperioden und der entsprechende Vorsorgebedarf sowie die Notwendigkeit verstärkten Brunnenbaus ist seit vielen Jahren bekannt. Die notwendigen Vorsorgemaßnahmen wurden aber aus unterschiedlichen Gründen von keiner der Regierungen Äthiopiens vorgenommen.

Im jüngsten Fall, weil die Regierung in grober Missachtung ihrer Verpflichtungen gegenüber der hungernden Bevölkerung ihren Grenzkrieg mit Eritrea ausgeweitet und ohne Hemmungen Milliarden in Rüstung und Waffensysteme gesteckt hat. Dies geschah mit dem eher lapidaren Hinweis, dass es ja Organisationen für die Bekämpfung der Hungersnot gebe.

Hier befinden sich die privaten Hilfswerke in einem erheblichen Konflikt. Einerseits möchte man und muss man den leidenden Menschen helfen, andererseits möchte man aber auch Regierungen nicht aus ihrer Verpflichtung entlassen. Hier kommt dem Dialog mit und der Unterstützung von lokalen Partnern, die Druck auf ihre Regierung ausüben, besondere Bedeutung zu. Da deren Macht jedoch begrenzt ist, müssen wir – gemeinsam mit anderen kirchlichen Entwicklungswerken – auch den Dialog mit den europäischen Regierungen führen, damit sie auf Äthiopien und Eritrea politischen Druck ausüben, den Krieg zu beenden und endlich für die notleidende Bevölkerung in allen Regionen des Landes Wasser zugänglich macht etc. Kirchliche Entwicklungshilfe muss in einem solchen Kontext wie gerade dem Konflikt Äthiopien – Eritrea, der die Hungerkatastrophe in beiden Ländern potenziert, ferner die Bereitschaft, Gespräche über Frieden und Versöhnung zu führen, zusammen mit ihren lokalen Partnern unterstützen. Denn allein ein dauerhafter Frieden ist

die Basis von Entwicklung in der Region. Dazu hat kirchliche Entwicklungshilfe mit ihren hervorragenden lokalen Kontakten über die Grenzen hinweg vieles beizutragen. ■

### Anm.:

Cornelia Füllkrug-Weitzel ist Direktorin des Bereichs ‚Ökumenische Diakonie‘ im Diakonischen Werk der EKD.

<sup>1</sup> „Der Entwicklungsdienst der Kirche – ein Beitrag für Frieden und Gerechtigkeit in der Welt, Eine Denkschrift der Kammer der Evangelischen Kirche in Deutschland für Kirchlichen Entwicklungsdienst“, hg. vom Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland; Gütersloh, 1973, S.30

<sup>2</sup> a.a.O., S.53

<sup>3</sup> „Den Armen Gerechtigkeit 2000 – Herausforderungen und Handlungsfelder“, Hrsg.: Brot für die Welt; Leinfelden-Echterdingen, 1999, S.20

### Rat der EKD besucht im August Südafrika und Namibia

Auf Einladung südafrikanischer und namibischer Kirchen wird vom 18. bis 30. August 2000 eine Delegation des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) unter der Leitung des Ratsvorsitzenden, Präses Manfred Kock, ins südliche Afrika reisen. Mitglieder der Delegation sind unter anderen der Präses der Synode der EKD, Dr. Jürgen Schmude (Moers), die Hamburger Bischöfin Maria Jepsen und Landessuperintendent Walter Herrenbrück (Leer). Dies ist der erste offizielle Besuch des Rates der EKD seit der Unabhängigkeit Namibias und der endgültigen Abschaffung der gesetzlichen Rassentrennung (Apartheid) in Südafrika. Der Besuch dient der Vertiefung der gegenseitigen ökumenischen Beziehungen mit den Kirchen im südlichen Afrika.

Kein außen- und entwicklungspolitisches Thema hatte den Rat der EKD in den Jahren zwischen 1975 und 1994 so sehr beschäftigt wie die Frage der Apartheid und die Rolle der Kirchen in ihren Bemühungen um die Abschaffung dieser menschenverachtenden Politik. Die Wunden der Apartheid klaffen noch weit auseinander und stellen auch für die Kirchen im südlichen Afrika eine besondere Herausforderung dar. Deshalb wird der Versöhnungsprozess inner- und außerhalb der lutherischen und reformierten Kirchen im Mittelpunkt des Interesses der Delegation stehen.

Hannover, 19. Juli 2000, Pressestelle der EKD

# Die Rolle der Kirche in den Medien

Thomas Krüger

Es war ausgerechnet kurz vor Ostern, als in einem evangelischen Informationsdienst die Schlagzeile „Kirche in Medien ‘out‘“ zu lesen war. Der Anlass: Ein auf dem Sektor der Medienanalyse tätiges Forschungsinstitut hatte seine Zahlen für das zurückliegende Jahr vorgelegt. In nur etwas über einem Prozent aller Beiträge in 16 Fernsehprogrammen sowie Tages- und Wochenzeitungen sei es hauptsächlich um die Kirchen gegangen, erfuhren die geeigneten Leserinnen und Leser. Und die Protestanten seien obendrein auch noch viel weniger präsent als die Katholiken. Ein Auszählen der in den Nachrichten genannten Namen von Repräsentanten beider Kirchen sollte dies belegen.

Da hat man's mal wieder – die Kirchen im freien Fall, die Protestanten schon fast auf dem Boden aufgeschlagen und der Rettungsfallschirm öffnet sich nicht.

## „Kirche“ ist die Ortsgemeinde

Wer in der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der evangelischen Kirche tätig ist, dem sind solche Zerrbilder nicht neu. Soll man sich von Zahlenreihen in eine resignative Grundstimmung versetzen lassen, weil offenbar alle Mühe um Vertrauensbildung zwischen Kirche und Medien doch ein vergebliches Unterfangen zu sein scheint? Nein, denn der Alltag in evangelischen Pressestellen, Öffentlichkeitsreferaten, bei Rundfunk- und Fernsehbeauftragten spricht eine andere Sprache als die Zahlen der Medienanalyse. Über Mangel an Medieninteresse und -resonanz können sich die Kolleginnen und Kollegen – wie auch viele leitende Repräsentanten der evangelischen Kirche – nicht beklagen.

Das gilt beileibe nicht nur für Landeskirchen, die Evangelische Kirche in



**Thomas Krüger:**  
Die Entscheidung, wann und wozu sich die Kirche und ihre Repräsentanten äußern, ist eine Gratwanderung.

Deutschland (EKD) und die auf Bundesebene tätigen Werke, sondern auch und gerade vor Ort, in den Sprengeln, Kirchenkreisen oder Dekanaten. Wer das Vorkommen von Kirche in den Medien beurteilen will, muss vor Ort beginnen, denn Kirche, das ist gerade auch im evangelischen Bereich zunächst mal die Ortsgemeinde. Da spielt sich das Leben ab, jenseits spektakulärer Großveranstaltungen und offizieller Verlautbarungen aus Kirchenämtern. Da versammeln sich allsonntäglich weit über eine Million Menschen zum Gottesdienst, da wird die Botschaft von der Liebe Gottes von Mensch zu Mensch verkündet, da erfahren Frauen und Männer seelsorgerlichen Rat, Junge und Alte diakonische Zuwendung.

Wer mehr als nur einen Blick in seine heimatische Lokalzeitung wirft, wird erkennen, dass Nachrichten und Berichte über kirchliche Aktivitäten meist **selbstverständlicher** Bestandteil sind. Eine wachsende Professionalisierung kirchlicher Presse- und Öffentlichkeitsarbeit bis in

die Regionen hinein trägt dazu bei. Manche Lokalblätter bringen gar zum Wochenende regelmäßig Kolumnen mit christlicher Orientierung, also eine Art gedrucktes „Wort zum Sonntag“. Aber es gibt natürlich auch Bereiche, die sich mit gutem Grund einer rein tagesaktuellen journalistischen Verwertung entziehen, wie etwa das unmittelbare, personale Verkündigungsgeschehen oder die sensible Situation von Beratung und Seelsorge.

## Kirche im Rundfunk und Fernsehen

Kirche in den Medien – das sind selbstverständlich auch die verkündigenden und informierenden Sendungen in **Hörfunk** und Fernsehen. Insbesondere die öffentlich-rechtlichen Anstalten bieten den Kirchen zahlreiche Sendeplätze für kurze oder längere Formen **christlicher Verkündigung**. Da gibt es inzwischen eine beachtliche Ausdifferenzierung: In den auf junge Hörer zielenden Radiowellen laufen der schnellen Programmfolge angepasste kurze „Spots“, die klassische Morgenandacht ist in den vor allem von älteren Hören geliebten Sendern zu hören und am Sonntag sind Morgenfeiern oder Live-Übertragungen von Gottesdiensten zu empfangen.

Ebenso im **Fernsehen**: Was das ZDF mit seinen von bis zu einer Million Menschen verfolgten allsonntäglichen Gottesdienstübertragungen leistet, ist vorbildlich. Und auch das gerne karikierte „Wort zum Sonntag“ der ARD ist längst entstaubt und präsentiert sich der Fernsehgemeinde in modernem Gewand. Die Auseinandersetzungen um den Inhalt der einen oder anderen TV-Botschaft zeigen, wie viel Aufmerksamkeit dieses „Urgestein“ der deutschen Fernsehgeschichte nach wie vor findet. Über die Verkündigung im engeren Sinne hinaus produzieren die für Kirchenfragen zuständigen Hörfunk- und Fernsehredaktionen Magazine, die über Glauben und Leben informieren, und dabei auch verkündigende Akzente setzen. Die kirchlichen Rundfunkmacher wagen sich auch auf Neuland, das „Infotainment“: die ersten sechs Folgen der Talk-Reihe „Tacheles“ wurden in den vergangenen Monaten von einem Redaktionsbüro mit Unterstützung der



evangelischen Kirche in Hannover produziert und von „Phönix“ ausgestrahlt.

Eine besondere Herausforderung für kirchliche Medienarbeiter/-innen sind die privaten Rundfunk- und Fernsehsender. Bei diesen fehlt es meist an personeller Kapazität, um sich des sperrigen Themenfeldes Kirche annehmen zu können. Daher bieten landeskirchliche Privatfunkredaktionen Programmbeiträge oder komplette Sendungen an. Manche Chance in diesem Bereich wird noch nicht ausreichend genutzt, Sendeplätze bleiben zum Teil leer, die Partnerschaft zwischen Kirche und Privatsendern ist auch wegen mancher dort verbreiteter Inhalte nicht unkompliziert. Es wird neben der medienkritischen Begleitung durch die Rundfunkbeauftragten darauf ankommen, Sendeformate zu entwickeln, die einerseits in die eher unterhaltende Programmkonzeption der Privaten hineinpassen, aber andererseits einen Kontrapunkt dazu setzen, indem sie die kirchliche Botschaft verständlich und gewinnend zur Geltung bringen.

### Evangelische Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Verkündigung ist also die eine Seite kirchlicher Medienarbeit – Information über kirchliches Reden und Handeln die andere. Von der lokalen Ebene war schon die Rede. Wie aber erfahren Menschen, dass sie über den örtlichen Kirchturm hinaus zu einer Landeskirche und auch in die Gemeinschaft der Evangelischen Kirche in Deutschland sowie der weltweiten Ökumene gehören? Auf welchen Wegen hören sie etwas darüber, was diese Kirche als „Institution“ zu den aktuellen Fragen der Zeit zu sagen hat?

Da ist zum einen die **konfessionelle Wochenpresse**, die vor allem die ihrer Kirche enger verbundenen Mitglieder erreicht. Da sind vor allem die säkularen Medien, die Tageszeitung, der Hörfunk und das Fernsehen. Sie alle sind Partner der evangelischen Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Auf direktem Wege und über die Nachrichtenagenturen liefert sie aktuelle Stellungnahmen, Erklärungen, Texte in die Redaktionen, vermittelt Gesprächspartner, betreut Presse-

termine und hält die Kontakte zu den Journalistinnen und Journalisten.

### Selektion der Nachrichten

Klarer Fall – längst nicht jede Pressemitteilung kann die Schleuse eines „Chefs vom Dienst“ passieren, nicht jede taucht gedruckt oder gesendet wieder aus der Informationsflut auf. Das ist selbstverständlich abhängig von der gesellschaftlichen (und nicht nur binnenkirchlichen) Relevanz der Meldung, von ihrer handwerklichen Qualität und – nicht zu unterschätzen – vom sonstigen aktuellen Tagesgeschehen.

Einerseits: In die Nachrichten, zumal die der elektronischen Medien, kommt man nur mit **pointierten Statements zu brandaktuellen Angelegenheiten**. Andererseits: Kirche darf nicht um des kurzfristigen Effektes willen zu allem und jedem Stellung beziehen, sonst würde sie verwechselbar mit politischen Parteien oder x-beliebigen Lobbygruppen. Auf diese Gefahr wird zu Recht gerade von engagierten Kirchenmitgliedern immer wieder hingewiesen. Auch dieses Dilemma offenbart die Fragwürdigkeit rein quantitativer Kriterien, wenn es um die Präsenz der Kirche in den Nachrichten der Medien geht. So ist die Entscheidung, wann und wozu sich die „Institution“ und ihre Repräsentanten äußern, stets eine Gratwanderung. Den Kirchenleitungen dazu Anregungen und Beratung zu geben, ist eine wichtige Aufgabe der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit.

### „Verstärkung der publizistischen Präsenz“

Dieses Arbeitsfeld ist seiner Bedeutung entsprechend an vielen Stellen in den letzten zehn bis zwanzig Jahren ausgebaut worden, viele tragfähige Medienkontakte sind gewachsen. Doch das Bessere ist bekanntermaßen der Feind des Guten. In der Evangelischen Kirche in Deutschland ist das Bewusstsein gewachsen, dass bei allem Engagement der evangelischen Medienschaffenden – ob in Redaktionen, Pressestellen oder dem Gemeinschaftswerk der Evangelischen Publizistik (GEP) – das Instrumentarium verbessert werden muss. Unter dem Stichwort „Verstärkung der

publizistischen Präsenz“ will die EKD gleich ein ganzes Maßnahmenpaket schnüren:

- Mit der bevorstehenden **Umwandlung der überregionalen Wochenzeitung „Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt“ (DS) in eine monatlich erscheinende Tageszeitungsbeilage** sollen neue Leserschichten für Meinungen und Informationen aus dem deutschen Protestantismus gewonnen werden.

- **Nachrichtenagenturen** stellen den effektivsten Weg dar, kirchliche Inhalte in die säkulare (weltliche) Presse zu vermitteln. Der Evangelische Pressedienst (epd) leistet in diesem Feld eine anerkannt professionelle Arbeit, er soll gestärkt, seine Konkurrenzfähigkeit verbessert werden. Auch der Informationsdienst der Evangelischen Allianz (idea) soll in die Fördermaßnahmen einbezogen werden.

- Die **Internetaktivitäten** der EKD, des GEP und der Gliedkirchen sind eine Erfolgsgeschichte evangelischer Publizistik. Mit über eine Million Zugriffen pro Monat erfüllt die Web-Site der EKD bereits in Ansätzen eine „Portalfunktion“ für den deutschen Protestantismus. Der Ausbau dieses Angebotes in inhaltlicher, technischer und personeller Hinsicht ist angesichts der rasant wachsenden Bedeutung des Internets vorrangig.

- Der deutsche Protestantismus muss interessiert sein an qualifizierten Journalistinnen und Journalisten, die ihr Handwerk beherrschen und etwas von der Kirche verstehen. Das Gemeinschaftswerk der Evangelischen Publizistik hat ein integriertes Modell der **Aus-, Fort- und Weiterbildung für publizistische Berufe** entwickelt, in das im Rahmen der Evangelischen Medienakademie auch der erprobte Ausbildungsgang der bisherigen Evangelischen Journalistenschule eingegliedert wird.

- Die evangelische Kirche will kampagnenfähig werden. Als Konsequenz aus den positiven Erfahrungen mit der gemeinsamen Aktion für den Schutz des Sonntages sollen alljährlich Haushaltsmittel einem **„Kampagnenfonds“** zugeführt werden.

- Die Digitalisierung der elektronischen Medien wird eine starke Ausweitung der Programmangebote mit sich bringen. Es muss das Ziel der evangelischen Kirche sein, qualifizierte Programmteile anzubieten, damit sie in Hörfunk und Fernsehen wahrnehmbar bleibt. Deswegen soll vermehrt in den **Erwerb von Senderechten und -lizenzen** investiert werden.

- Die Leistungsfähigkeit der publizistischen Betriebe im Bereich der EKD (Presseverbände u.ä.) soll gestärkt werden. Zentrale Dienstleistungen wie Marketing, Leseranalysen oder technische Beratung kann keiner allein aus eigenen Mitteln finanzieren.

#### Neue „Evangelische Monatshefte“

- Die beiden Zeitschriften „Evangelische Kommentare“ und „Zeichen der Zeit/Lutherische Monatshefte“ werden in diesem Herbst fusionieren. Durch finanzielle Unterstützung des Neustarts will die EKD helfen, die neuen **„Evangelischen Monatshefte“** zu einem Referenzobjekt des deutschen Protestantismus zu machen.

- Last but not least: auch die eigene **Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der EKD** braucht Verstärkung, denn die bisherige Ausstattung setzt einer den Ansprüchen tagesaktueller Medien entsprechenden Themen-Aufbereitung wie auch den Freiräumen für die Kontaktpflege in die Redaktionen hinein enge Grenzen. Die EKD, von ihrer Verfassung her eher ein „Dachverband“, wird von den Journalisten zu Recht an den Standards bundesweit tätiger Institutionen gemessen.

Gelingt die Umsetzung dieser Vorhaben, hat die evangelische Kirche wichtige Voraussetzungen geschaffen, um ihrem Auftrag zur Verkündigung und Information mit Hilfe der Medien auch im 21. Jahrhundert gerecht zu werden.

#### Anm.:

Thomas Krüger ist Leiter der Pressestelle des Kirchenamtes der EKD

## Warum die Quote nicht alles sein darf

### Medienpolitik aus Sicht der CDU

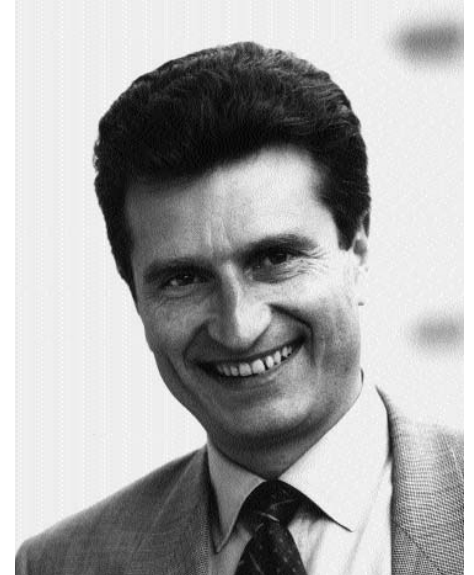
Die Medienethik, das Verhältnis der CDU zu den Medien nach den parteiinternen Erfahrungen der vergangenen Monate und die Zukunft der bundesdeutschen Medienlandschaft stehen auf dem Prüfstand. EV sprach mit dem Vorsitzenden des Bundesfachausschusses „Medienpolitik“ der CDU, Günther H. Oettinger (Mdl), Fraktionsvorsitzender im baden-württembergischen Landtag. Die Fragen stellte Joachim Gerhardt, Pressesprecher des Evangelischen Kirchenkreises Bonn.

**Frage:** Herr Oettinger, müssen wir uns an Sendungen wie „big brother“ gewöhnen?

**Antwort:** Gut möglich, jedenfalls sofern es den privaten Sendern gelingt, damit Quote zu machen. Aber es sollte kein präventives Verbot solcher Sendungen geben, denn das würde der Rundfunkfreiheit widersprechen, die ein wichtiger Pfeiler unserer Demokratie ist. Trotzdem müssen wir eine nachhaltige ethische Diskussion führen. Ich befürchte einen Gewöhnungseffekt, der dazu führen wird, dass das Niveau dieses Sendeformats mittelfristig immer stärker nach unten geschraubt wird. Natürlich kann man über die Qualität solcher Sendungen streiten, aber jedem muss selbst überlassen bleiben, ob er sich das antut oder nicht. Ich persönlich erspare mir das lieber.

**Frage:** Wie ohnmächtig ist die Medienpolitik angesichts dieser zunehmenden Trivialisierung im privaten Fernsehen?

**Antwort:** Der Vierte Rundfunkänderungsstaatsvertrag enthält detaillierte Regelungen über unzulässige Sendungen und zum Jugendschutz. So wurde der Katalog der unzulässigen Sendungen um solche ergänzt, die gegen Bestimmungen des Strafgesetzbuches ver-



Günther H. Oettinger, Mdl:  
Keine Totschlagargumente gegen „big brother“, aber ich erspare mir das lieber.

stoßen oder in sonstiger Weise die Menschenwürde verletzen. Für andere Sendeformate als Filme wie zum Beispiel Talkshows können im Einzelfall zeitliche Beschränkungen vorgesehen werden, wenn ihre Ausgestaltung nach Thema, Themenbehandlung, Gestaltung oder Präsentation in einer Gesamtbewertung jugendgefährdenden Sendungen gleichkommt. Damit erhält die Medienaufsicht ein wirksames Instrument zur Eindämmung der schlimmsten Auswüchse.

**Frage:** Lässt sich denn heute noch eine medien-ethische Diskussionen führen, ohne nur die Popularität fragwürdiger Sendungen zusätzlich zu steigern bzw. als weltfremder Moralapostel zu wirken?

**Antwort:** Wir müssen diese Diskussionen führen. Es ist allerdings notwendig, dass wir uns auf einer sachlichen Ebene austauschen und nicht versuchen, den anderen mit Totschlagargumenten aus dem Gespräch zu katapultieren. Dass dies nicht funktioniert, sondern eher einen gegenteiligen Effekt auslöst, lässt



sich wieder am Beispiel „big brother“ verdeutlichen. Die Verbotsdiskussion im Vorfeld der Sendung war die beste PR, die sie bekommen konnte.

**Frage:** Doch wie wollen sie verhindern, dass allein die Quote das Programm bestimmt?

**Antwort:** Der vierte Rundfunkänderungsstaatsvertrag bietet Möglichkeiten, regelnd einzugreifen. So dürfen beispielsweise Sendungen mit jugendgefährdendem Inhalt nur noch zwischen 22.00 und 6.00 Uhr verbreitet werden und müssen entweder durch akustisches Zeichen angekündigt oder durch optische Mittel während der gesamten Sendung gekennzeichnet werden.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist aber auch eine verantwortungsvolle Medienerziehung, die dazu führt, dass die Quote in manchen Fällen eben nicht mehr erreicht wird, da die Jugendlichen bei schlechten Sendungen schon freiwillig abschalten bzw. lernen Prioritäten zu setzen. Und nicht zu vergessen der Grundversorgungsauftrag von ARD und ZDF. Sie erhalten Gebühren, damit sie niveauvolle Inhalte anbieten können, ohne auf die Quote zu schießen.

**Frage:** Unterscheidet sich Ihre Medienpolitik, also die einer Partei, die das „C“ in ihrem Namen führt, von der anderer Parteien?

**Antwort:** Uns kommt es vor allem darauf an, dass ein bestimmter ethischer und moralischer Standard gewahrt wird. Dass darauf geachtet wird, dass bestimmte Auswüchse unterbleiben und nicht zum Normalfall werden. Wir wollen erreichen, dass verantwortungsbewusst mit den Medien umgegangen wird, so dass beispielsweise Diskussionen über Verbote einzelner Sendungen überflüssig werden.

### „Die Medien leisten Kontrolle für unser demokratisches Gemeinwesen“

**Frage:** Die Medien haben auch der CDU in den zurückliegenden Monaten arg zugesetzt. Stichwort: Spendenaffäre. Wie bewerten Sie vor diesem Hintergrund als Unionspolitiker die Arbeit der Medien?

**Antwort:** Die Arbeit, die die Medien geleistet haben, war und ist gut. So findet Kontrolle statt und diese ist wichtig für unser demokratisches Gemeinwesen. Aus diesem Grund halte ich die Bezeichnung der Medien als „vierte Gewalt“ durchaus für angebracht. Natürlich gab es auch hier einzelne Beiträge, die nicht unbedingt seriös waren, aber genauso gut kann man Vorwürfe an das Konfliktmanagement mancher Protagonisten richten. Ich bin nicht der Auffassung, dass Medienschelte angebracht ist, bloß weil die Berichterstattung unerfreulich ist.

**Frage:** Beeinflussen die Erfahrungen der CDU mit den Medien in den vergangenen Monaten die Medienpolitik ihrer Partei?

**Antwort:** Nein, die Medienpolitik als solche wurde und wird dadurch nicht beeinflusst. Für Einzelne hat es vielleicht den einen oder anderen Lerneffekt mit sich gebracht, dass man mit den Medien und Informationen sensibler umgeht. Aber das ist ein Punkt, bei dem jeder für sich selbst seine Schlüsse ziehen muss und aus seinen Fehlern lernen muss. Unsere medienpolitische Grundlinie jedenfalls bleibt.

**Frage:** Macht ihnen der zunehmende Einfluss der Medien auf Politik und Gesellschaft nicht manchmal Angst?

**Antwort:** Natürlich verfügen unsere Medien über ein großes Machtpotenzial und dieses hat mit der Entwicklung der elektronischen Medien kontinuierlich zugenommen. Ich vermute, dass sich dieser Prozess mit der Digitalisierung noch weiter fortsetzt. Aber Macht bedingt Verantwortung, deshalb habe ich keine wirklichen Vorbehalte.

**Frage:** Über die Inhalte politischer Beiträge lässt sich bekanntlich streiten. Im Blick auf die Privaten muss aber gefragt werden, ob der Umfang ihrer politischen Berichterstattung überhaupt ausreichend ist?

**Antwort:** Es ist richtig, dass die Privaten nicht in dem Umfang politische Berichterstattung betreiben, wie dies im öffentlich-rechtlichen Rundfunk geschieht. Aber das ist nicht verwerflich, denn poli-

tische Berichterstattung fällt unter den Grundversorgungsauftrag. ARD und ZDF erhalten Gebührengelder, die sie in die Lage versetzen, diesem Grundversorgungsauftrag mit den Bereichen Bildung, Information und Unterhaltung gerecht zu werden. Dieser wird auch zukünftig über Gebühren finanziert werden und ist somit nicht auf Quoten angewiesen, so dass hier differenziertere Berichterstattung angeboten werden muss und auch verstärkt über Landespolitik und Kultur berichtet werden kann. Die Privaten sind dagegen auf die Quote angewiesen. Damit spreche ich ihnen nicht eine grundversorgende Qualität ab, ARD und ZDF sind jedoch zu dieser Leistung verpflichtet.

### „Die Rechtsform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks muss auf den Prüfstand.“

**Frage:** Bleiben die Öffentlich-Rechtlichen angesichts der Globalisierung des Medienmarktes überhaupt noch wettbewerbsfähig?

**Antwort:** Ja, denn sie sollen ja weiterhin Beiträge bekommen, die sie vom Werbemarkt unabhängig machen. Aber die Rechtsform der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalt muss mittelfristig auf den Prüfstand gestellt werden. Das bedingt, dass die privatwirtschaftlichen Töchter des ZDF, zum Beispiel die Produktionsfirmen, die immer mehr in Technik und Know-how investieren müssen und somit mehr Kapital benötigen, zunächst stärker rationalisiert werden. Danach könnte in bestimmten Bereichen über **Public-Private-Partnerships** nachgedacht werden. Dann könnte etwa eine öffentlich-rechtliche Holding ihre Töchter an die Börse schicken. Weiterhin schreibt die Transparenz-Richtlinie der EU vor, dass öffentlich-rechtliche Anstalten Gebührenaufkommen und Erlöse getrennt bilanzieren müssen, um eine Quersubventionierung der privatwirtschaftlichen Töchter mit Gebührengeldern zu verhindern. Die AG ist schließlich die transparenteste Rechtsform für ein Unternehmen.

**Frage:** Haben die Vollprogramme im Fernsehen noch Zukunft oder werden wir künftig nur Spartensender haben: vom Fußball-TV bis zum Kirchen-Kanal?

**Antwort:** Vollprogramme wird es auch in Zukunft geben. ARD und ZDF werden aufgrund ihres Grundversorgungsauftrages Vollprogramme bleiben müssen, denn sonst erreichen sie auch nicht die angestrebte Integrationswirkung. Außerdem haben sie mit Phoenix und dem Kinderkanal nach unserer Auffassung genügend Spartenkanäle im Angebot, um ihren Programmauftrag zu erfüllen. Aber auch die Privaten wie RTL, Sat1 oder Pro7 werden Vollprogramme bleiben, denn sie sind erfolgreich und diese Programme bringen die nötige Quote, um auch weiterhin erfolgreich auf dem Werbemarkt zu sein. Hinzukommen werden sicher noch einige spezielle Spartenprogramme, aber die Vollprogramme bleiben bestehen.

**„Ein christliches Programm wäre eine gute Sache“**

**Frage:** Was halten Sie als Vertreter der CDU von dem Angebot eines christlichen Spartenprogramms?

**Antwort:** Ich finde, das ist eine gute Sache. Allerdings müssten die Kirchen das wohl in privater Trägerschaft umsetzen. Wir wollen keine weitere „Verspartung“ der öffentlich-rechtlichen Programme und es gehören auch christliche Inhalte ins öffentlich-rechtliche Vollprogramm. Da dies folglich von Werbefinanzierung abhängen würde, sehe ich da eine gewisse Diskrepanz zwischen realistischem Können und Wollen.

**Frage:** Die kirchliche Präsenz in den Medien, nicht nur in den Privaten, ist insgesamt recht mager. Am „Wort zum Sonntag“ scheiden sich die Geister. Nutzen die Kirchen ihre Möglichkeiten, die sie vor allem im öffentlich-rechtlichen Rundfunk haben, ausreichend?

**Antwort:** Dass bei den Privaten wenig Kirchliches gezeigt wird, erklärt sich aus deren Notwendigkeit der Werbefinanzierung. Im öffentlich-rechtlichen Rundfunk haben die Kirchen die Möglichkeit, Sendezeit zum Selbstkostenpreis zu bekommen und dieses Angebot nutzen sie auch. Ob es ausreichend genutzt wird ist sicher Ansichtssache. Ich finde es aber keine falsche Taktik, nicht für eine Überflutung zu sorgen, sondern eher wenige Sendungen zu zeigen, die dann auch angenommen werden. ■

## Bücher

### Der kleine Unterschied: Das religiöse Elternhaus macht seine Kinder stark

#### Ergebnisse der 13. Shell-Jugendstudie

Die neueste Shell-Jugendstudie „Jugend 2000“ zeigt eine gewachsene Zuversicht der heute 15-24-Jährigen. Optimistisch und realistisch sieht die Mehrheit der jungen Generation ihre Chancen und ist zu Leistung und Anstrengung bereit. Das politische Interesse ist allerdings weiter auf 43 % gesunken. Das Vertrauen in die staatlichen Organisationen hängt vor allem von der Zukunftszuversicht und der Zufriedenheit mit der eigenen Situation ab. Wer eher pessimistisch in die Zukunft blickt und sich nicht vorbereitet fühlt, steht auch Staat und Politik mit Distanz gegenüber. Für ein besseres Verhältnis zum Staat und seinen Institutionen sorgt daher kein neues „Marketing“; es kommt vielmehr auf die biografischen Erfahrungen der Jugendlichen und ihren Integrationsgrad an.

Großen Zuspruch erfahren CDU/CSU bei sehr modernen, zukunftsorientierten, technikinteressierten und europäisch denkenden Jugendlichen, besonders aber bei kirchennahen jungen Leuten. Dabei gibt es die konfessionellen Milieus mit prägender Wirkung heute definitiv nicht mehr: Die alten Konfessionsgrenzen haben sich abgeschliffen, Unterschiede zwischen getauften und konfessionslosen jungen Deutschen schwinden. Die Trennlinie verläuft heute vielmehr zwischen kirchennahen und kirchenfernen Christen: Zukunftszuversicht und Werte wie Menschlichkeit, Selbstverantwortung, Familie hängen deutlich mit der geübten religiösen Praxis bei den katholischen und protestantischen Jugendlichen zusammen. Zwei Drittel von ihnen wollen die eigenen Kinder religiös erziehen. Die religiösen Jugendlichen sind zufriedener und haben mehr Selbstvertrauen, auch wenn ihre Eltern weniger gebildet sind. Für diesen Zusammenhang hat die Shell-Studie eine Erklärung: Ursache ist der vertrauensvolle

und kooperative Erziehungsstil im Elternhaus. Jugendliche, die zum Gottesdienst gehen, gehören häufiger einem Verein an, interessieren sich deutlich mehr für Politik und die europäische Einigung. Knapp ein Drittel der Jugendlichen betet; besonders bei den jungen Männern zeigt sich dabei: Wer betet, ist optimistischer und eher leistungs- als genussorientiert.

Fazit: Leistungsorientierung und Langfristigkeit hängen positiv mit Gottesdienstbesuch, Gebet und der Absicht zur religiösen Erziehung zusammen; wer keiner Religionsgemeinschaft angehört, hat diese Lebenshaltungen eher nicht. Die „Marschverpflegung“ der Jugendlichen, die sie aus dem religiösen Elternhaus für den Weg in das eigene Leben mitnehmen, macht sie stark.

**Jugend 2000. 13. Shell Jugendstudie. Leske+Budrich: Opladen 2000. ISBN 3-8100-2579-8 (2 Bände) 29.80 DM Dr. Donat Kluxen-Pyta, BDA (Bundesvereinigung Dt. Arbeitgeberverbände)**

**Im Fachverlag für Recht und Führung erschienen:**

**„Praxishandbuch Sozial Management“**

Nicht nur Industrie und Wirtschaft, Handel und Dienstleistungen stehen unter einem enormen Kostendruck, auch soziale Einrichtungen werden immer stärker zu Einsparungen und sogar zum Arbeitsplatzabbau gezwungen. Soziale Institutionen wie Krankenhäuser, Kindergärten, Alten- und Pflegeheime, die bis vor kurzem mit staatlichen Zuschüssen ohne ein striktes Kostenmanagement auskommen konnten, werden durch die schwierige Finanzlage des Staates zum Umdenken gezwungen. Wirtschaftliches Know-how und effiziente Organisationsformen sind auch im Non-Profit-Bereich gefordert. Wie aber kann die Anpassung an die Privatwirtschaft vollzogen werden, ohne dass dadurch die soziale Kompetenz nach innen und außen verloren geht? Wie können soziale Einrichtungen dem tiefgreifenden Wandel erfolgreich begegnen?



Vor diesem Hintergrund hat der Fachverlag für Recht und Führung, VNR Verlag für die Deutsche Wirtschaft AG, jüngst das **Praxishandbuch Sozial Management** veröffentlicht. Die klar strukturierte Loseblattsammlung mit 544 Seiten greift wichtige Themen für soziale Einrichtungen auf: Von der modernen Mitarbeiterführung bis hin zu Spendenaktionen, vom Controlling bis hin zur erfolgreichen Pressearbeit bietet das Praxishandbuch aktuelle Informationen und praxisgerechte Anleitungen, um die schwierige Lage sozialer Institutionen zu meistern. Die Handlungsanleitungen und Tipps können direkt in die berufliche Praxis umgesetzt werden. Hierbei helfen Checklisten, Schritt-für-Schritt-Anleitungen, Musterformulare, Tests und veranschaulichende Beispiele.

Die Autoren und Gutachter sind anerkannte Praktiker auf dem sozialen Sektor wie Wohnbereichsleiter, Gründer der Deutschen Fundraising Akademie, Sekten- und Weltanschauungsbeauftragte, Leiter von Zertifizierungsgesellschaften oder Leiter Werbung/Öffentlichkeitsarbeit. Bei der Konzeption des Praxishandbuchs haben Chefredakteur und Autoren besonderen Wert darauf gelegt, auf praxiserprobte und bewährte Managementmethoden aus der Wirtschaft zurückzugreifen. Die Methoden wurden auf ihre Umsetzung im sozialen Bereich hin kritisch geprüft. Chefredakteurin ist die Rechtsanwältin Anne Backer (Kissing), die sich auf die Lösung von Personal- und Rechtsfragen im Non-Profit-Bereich spezialisiert hat.

Das Loseblattwerk wendet sich an haupt- und ehren-

amtliche Leitungskräfte in sozialen Organisationen und Institutionen, die ihre Einrichtung auch in der herausfordernden wirtschaftlichen Situation erfolgreich führen wollen.

*Das Praxishandbuch Sozial Management kostet 198,- DM und kann beim Fachverlag für Recht und Führung, VNR Verlag für die Deutsche Wirtschaft AG, Theodor-Heuss-Straße 2-4, 53177 Bonn oder per Telefon unter 02 28 - 955 01 30 bestellt werden.*

**Wolfgang Thierse: Religion ist keine Privatsache. Patmos Verlag 2000, 340 Seiten, ISBN 3-491-72430-9, Preis 39,80 DM**

Unter diesem provozierenden Titel hat Bundestagspräsident Thierse eine Sammlung knapper Äußerungen herausgegeben, in denen offensichtlich ausschließlich katholische und durchweg der SPD angehörende oder ihr mindestens nahestehende Persönlichkeiten zur Frage aus jeweils ihrem Erlebnis- und Erfahrungsbereich sich äußern. In drei Abschnitte sind diese teilweise sehr persönlichen Stellungnahmen gegliedert: „Erfahrungen“, „Anfragen“, „Perspektiven“.

Die „Erfahrungen“, sind meist geprägt von dem Ringen um die Vereinbarkeit von sozialpolitischen Zielen der SPD und der Einstellung der katholischen Kirche zu dieser Partei. Nicht ohne Bewegung liest man die sehr persönlichen Erfahrungen eines Georg Leber und die grundsätzlichere Auseinandersetzung mit diesem Problem, wie sie Leben und Wirken eines Hans-Joachim Vogel begleitet hat. Durchweg wird der

Weg der SPD hin zu Godesberg 1959 und dem Grundsatzprogramm von 1989 einerseits und die Öffnung der katholischen Kirche für sozialpolitische Fragen andererseits als entscheidende Überwindung der zunächst bestehenden Kluft gesehen. Zu fragen ist allenfalls, ob die Verfasser im Rückblick nicht die Bedeutung der ideologischen Grundlagen des Programms für die ablehnende Haltung beider Kirchen gegenüber der SPD des 19. Jahrhunderts unterschätzen.

Das Kapital „Anfragen“ sucht nun nach einer Antwort auf die Frage, warum Religion gerade im säkularisierten Staat keine Privatsache ist. Unter diesen „Anfragen“ sind besonders bemerkenswert die von Ernst-Wolfgang Böckenförde „Notwendigkeiten und Grenzen staatlicher Religionspolitik“ und die von Daniel Deckers „Freiheit der Kirche. Vom Verschwinden einer Kulturmacht“, die auch innere Spannungen in der katholischen Weltkirche aufzeigt.

Spätestens hier stellt sich die Frage, warum das Votum profilierter Sozialdemokraten mit protestantischem Hintergrund fehlt. Eine Behandlung des Themas durch Jürgen Schmude, Erhard Eppler oder auch Johannes Rau hätte wohl auch der Verengung auf sozialpolitische Fragen im engeren Sinn entgegengewirkt, unter der die Sammlung leidet. Dass Religion keine Privatsache ist, das ist ja nicht nur für die Bereiche der Sozialpolitik im engeren Sinne wichtig. Zu den eine Demokratie tragenden Werten gehört ja wohl auch z. B. das Wissen um Grenzen des Menschen und um seine Geschichtlichkeit. Religion ist eben nicht nur wichtig im Blick auf die aus

Glauben resultierende Mitmenschlichkeit.

Die umfassende Bedeutung der Religion für das Geistesleben unseres Volkes macht Peter Glotz deutlich in seinem knappen Votum „Theologie und Universität“. Dass er ein Plädoyer für die Volkskirche wagt, hat den Rezensenten besonders gefreut. Die übrigen Abschnitte unter den „Perspektiven“ zeigen das Bemühen, christlichen Grundüberzeugungen im politischen Alltag zu genügen. Nicht immer ist es dabei gelungen, das Thema des Bandes durchzuhalten.

Insgesamt hat Wolfgang Thierse ein gerade für Mitglieder des EAK der CDU/CSU höchst lesenswertes Buch vorgelegt. Man erfährt viel über das Ringen von Sozialdemokraten um ihre Kirche, auch über das Ringen der katholischen Kirche um Antwort auf die großen sozialpolitischen Fragen und nicht zuletzt über die Schwierigkeiten, als Christ angesichts dessen zu bestehen.

*(Staatsminister a.D. Albrecht Martin)*

**Michaela Pilters/ Wolfgang Rüdiger Schmidt (Hrsg.): Glut unter der Asche, 2000 Jahre Christentum und die Zukunft der Religion. 192 Seiten. Geb. mit Schutzumschlag. Gütersloher Verlagshaus, Gütersloh 2000, ISBN 3-579-02296-2, 29,80**

Auch im 21. Jahrhundert fragt der Mensch nach seinen Ursprüngen und nach dem, was trägt. Die 7-teilige Sendereihe des ZDF befragt die 2000-jährige christliche Tradition. Der Blick geht zurück in die Vergangenheit,

um so Perspektiven für die Zukunft des Einzelnen und unserer modernen Gesellschaft aufzuspüren. Gezeigt wird, wie das einzigartige Erbe der Religion heute seine unverbrauchte Kraft neu beweisen kann: Leben ist mehr und Religion hat eine Tiefendimension, die auf ein bleibendes Geheimnis hinweist. Das Begleitbuch zur Sendereihe reflektiert die Inhalte der Sendungen und bietet zusätzliche Anregungen, sich mit der Zukunft der (auch persönlichen) Religion auseinander zu setzen. Persönlichkeiten aus Theologie und Philosophie vertiefen die Themen der Sendereihe.

**Friedhelm Knorr/  
Bernd Halfar:**  
**Qualitätsmanagement in der Sozialarbeit**  
296 Seiten, Walhalla  
Fachverlag, Regensburg,  
ISBN 3-8029-7434-4,  
49,- DM

Sinkende finanzielle Spielräume und die daraus resultierende mangelnde Qualität der sozialen Dienstleistungen machen es nötig, neue Wege in der sozialen Arbeit zu erkunden. Mit den Gesetzesänderungen im Bundessozialhilfegesetz (BSHG) und im Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG) soll die Entwicklung von Qualitätsstandards in der sozialen Arbeit angeregt werden. Ein effizientes Instrumentarium zur Durchsetzung dieser Standards bietet das Qualitätsmanagement.

Das neue Handbuch „Qualitätsmanagement in der sozialen Arbeit“ von Prof. Dr. Friedhelm Knorr und Prof. Dr. Bernd Halfar macht deutlich, wie Qualitätsmanagement funktioniert, was damit konkret erreicht werden kann, und wie man Qua-

litätsstandards am besten einführt.

**Adrian Ottnad/ Stefanie Wahl/Meinhard Miegel:**

**Zwischen Markt und Mildtätigkeit.**

**Die Bedeutung der Freien Wohlfahrtspflege für Gesellschaft, Wirtschaft und Beschäftigung.**

235 Seiten, Olzog Verlag,  
München 2000, ISBN  
3-7892-8033-X, 24,- DM

„Freie Wohlfahrtspflege“ (FW) bezeichnet im weiteren Sinn die Gesamtheit aller sozialen Hilfen, die gemeinnützig organisiert in Deutschland geleistet werden. Sie ist für die Wirtschaft und die Gesellschaft von großer Bedeutung. In weit über 90.000 Einrichtungen von Krankenhäusern über die Altenpflege bis hin zu Beratungsstellen für Aussiedler erarbeiten mehr als drei Millionen Beschäftigte – haupt- oder ehrenamtlich – Güter und Dienste im Werte von rund 90 Milliarden DM. Dabei ist absehbar, dass in einer stark alternden Gesellschaft die Nachfrage nach diesen Gütern und Diensten weiter steigen wird.

Die Freie Wohlfahrtspflege ist deshalb an einem Scheideweg angelangt. Nimmt sie die Herausforderungen des Marktes an, gerät sie in Gefahr, ihre gemeinwohlorientierten, in Mildtätigkeit wurzelnden Aufgaben zu vernachlässigen. Konzentriert sie sich hingegen auf diese, könnte sie aus ihren markt-gängigen Tätigkeitsbereichen verdrängt werden. Das ist ein Dilemma, dem sie nur mit vorausschauenden Unternehmensstrategien entgegen kommen kann.

## Aus unserer Arbeit

### ■ „Bayreuther Erklärung“ verabschiedet

**Bayreuth.** Unter dem Leitsatz „Evangelische Christen in der Verantwortung“ stand die diesjährige Landesversammlung des EAK der CSU. Am nationalen Gedenktag des dt. Volkes konnte der EAK-Landesvorsitzende, **Dr. Ingo Friedrich**, MdEP, als prominenten Hauptredner Altbundespräsident **Prof. Dr. Roman Herzog**, vor Jahren selbst an der Spitze des EAK der CDU/CSU, begrüßen, der über „Deutschland im 21. Jahrhundert“ referierte.

Mut sei der erste Baustein zum Erfolg im 21. Jahrhundert, so Herzog. „Keinen Mut zu haben, heißt kein Gottvertrauen zu haben!“ Respekt, das sei der zweite große Schritt. Trotz geringer Übereinstimmungen müsse für die einzelnen Weltreligionen verstärkt Respekt eingebracht werden. Als drittes Standbein mahnte der Altbundespräsident Klugheit an. Wenn man Risiken eingee, die auch Chancen bergen, müsse man sich nach zwei Seiten absichern.

Unter der Leitung von EAK-Bundesvorstandsmitglied **Harald Häbler** stellten sich in einer anschließenden Talk-Runde Dr. Friedrich, der Bundestagsabgeordnete **Hartmut Koschyk** und EAK-Vorstandsmitglied **Stefanie Finzel** den Fragen aus dem Publikum.

Das Bekenntnis zu den christlichen Wurzeln Europas steht im Mittelpunkt einer

von den Delegierten einstimmig verabschiedeten „Bayreuther Erklärung“. In dem Papier heißt es: „Die christlich-abendländische Wertordnung muss auch künftig Leitkultur in Deutschland und Europa bleiben“. Der EAK fordert, die christlichen Wurzeln der europäischen Kulturkreise in der Präambel der neuen EU-Grundrechtscharta festzuschreiben. „Sie bilden das ideengeschichtliche Fundament Europas“.

### ■ EAK-Neugründung im Saarland

Am 9. Juni 2000 hat sich im saarländischen Landtag der EAK der CDU Saar neu gegründet. Nach einer Begrüßungsrede von Staatsminister a. D. **Albrecht Martin** wurde ein vorläufiger Gründungsvorstand gewählt, der die Gründung von EAK-Kreisverbänden unterstützend begleiten wird. Die Versammlung wurde von Staatssekretärin **Daniela Schlegel-Friedrich** geleitet.

Herr Martin wies auf die Wichtigkeit einer fairen überkonfessionellen Diskussion um christliche Werte hin. Er unterstrich dabei die besondere Bedeutung, die dem EAK in der Vergangenheit bundesweit zugekommen ist. Durch die letzten Jahrzehnte hindurch habe der Arbeitskreis immer wieder bedeutsame Beiträge zur christlichen Grundwertediskussion in der CDU Deutschlands geliefert. Die zentrale Zielsetzung des EAK sollte die überkonfessionelle Verständigung und Ökumene sein. Gerade in einem multikulturellen Zusammenwachsen der Nationen müsse man ehrlich und vorbehaltlos über



christliche Denkweisen reden können.

Die Gründungsmitglieder wählten Staatssekretär **Wolfgang Schild** und **Volker Oberhausen** zum vorläufigen Vorstand. Zu Schriftführern wurden **Christel Weins** und **Ralph Staudy** gewählt.

### ■ Karin Wolff einstimmig zur Vorsitzenden gewählt

Die Landesdelegiertenversammlung des **EAK der CDU-Hessen** hat die hessische **Kultusministerin Karin Wolff** (Darmstadt) einstimmig in ihrem Amt als Landesvorsitzende bestätigt. Gleichzeitig wurde von den Delegierten auch ein neuer Landesvorstand gewählt.

Zu Beginn der Versammlung in Marburg sprach die **thüringische Landtagspräsidentin Christine Lieberknecht** über die Rolle des Christentums im

Europa des 21. Jahrhunderts. „Ein Europa ohne Christentum wäre der Abschied aus der Geschichte.“ Aufgabe der Kirchen in der Europäischen Union sieht die frühere Pfarrerin nicht in „allgemeiner politischer Geschäftigkeit“. Vielmehr hätten sie den Menschen das Evangelium zu predigen. Gerade angesichts der bevorstehenden Ost-Erweiterung der EU müsse die Politik nach Leitbildern suchen. Europa müsse mehr sein als eine reine Wirtschaftsgemeinschaft. Der frühere EU-Kommissionspräsident Jacques Delors forderte die Gemeinschaft auf „Europa eine Seele zu geben“.

Wie nötig die Stimme der Christen in Europa sei, belegten die „Debatten, die wir in der Gesellschaft über den Anfang und das Ende des Lebens führen“. Auch der Weg Europas in die Globalisierung, die Bewältigung von Umweltproblemen und Flüchtlingswellen seien nicht „ohne klaren ethi-

schen Kompass“ denkbar. Um christliche Werte neu im Bewusstsein der Europäer zu verankern, bedürfe es einer missionarischen Offensive.

Nach der Aussprache über den Vortrag von Frau Lieberknecht erfolgte die Neuwahl des Landesvorstandes. Der EAK-Vorsitzenden Karin Wolff werden in den kommenden zwei Jahren **Tobias Utter** (Bad Vilbel) und **Eric Junge** (Kassel) als Stellvertreter zur Seite stehen. Das Amt des Schriftführers wird auch weiterhin von dem Frankfurter Pfarrer **Christof Warnke** wahrgenommen. Unter den sieben gewählten Beisitzern findet sich auch der Fraktionsvorsitzende der CDU im hessischen Landtag **Norbert Kartmann**. Weitere Beisitzer sind: **Ludwig Achenbach** (Darmstadt), **Dr. Frank Ausbüttel** (Oberursel/Taunus), **Klaus Frommelt** (Gießen), **Bärbel Gimbel** (Habichtswald), **Hella Welker** (Frankfurt am Main) und **Heidemarie Schild** (Kassel).

### ■ Karl-Walter Fröhlich – plötzlich verstorben

**Mettmann**. Nur wenige Tage nach dem Heimgang seiner geliebten Frau verstarb am 11. Mai 2000 **Karl-Walter Fröhlich** im Alter von 71 Jahren an Herzversagen.

Seit 1990 führte er als Vorsitzender den **EAK-Kreisverband Mettmann**. Wo immer es ihm ermöglicht wurde, vertrat er in vielen politischen Bereichen die Ziele und Grundsätze des Evangelischen Arbeitskreises. Darüber hinaus ließ er keine Veranstaltung des EAK auf Bezirks-, Landes- und Bundesebene aus. Es fand stets eine bestens vorbereitete Bericht-

erstattung in den Mitgliederversammlungen statt. Der EAK war für Karl-Walter Fröhlich Herzenssache.

Seine frohes Wesen und seine tiefe Verwurzelung im Evangelium waren für viele Menschen Vorbild. Keine Sitzung begann ohne eine Kurzanrede. Die große Schar, die ihn auf seinem letzten Weg begleitete, erlebte ganz in seinem Sinne eine bemerkenswerte Verkündigungsfeier unter dem Psalmwort: „Meine Zeit steht in deinen Händen“. Alle, die ihn kannten, sind dankbar für sein politisches und christliches Wirken. Karl-Walter Fröhlich wird unvergessen bleiben.

*(Rolf-W. Buschmann, stellv. Vorsitzender des EAK-Mettmann)*

### ■ Neugründung

**Homburg**. Am 25. Mai 2000 konstituierte sich ein Kreisverband des **EAK im Saarpfalz-Kreis**. Diese Neugründung im östlichen Saarland stellte gleichzeitig den ersten Schritt zur Reaktivierung des EAK-Saar dar.

Der Landesarbeitskreis hat am 9. Juni 2000 in Saarbrücken seine Arbeit wieder aufgenommen. Bei der Gründungsversammlung des EAK-Saarpfalz in Homburg wurden der Vorstand und die 16 Landesdelegierten gewählt.

Neuer Vorsitzender ist der 41-jährige Dipl.-Kfm. **Volker Oberhausen** aus Homburg. Seine Stellvertreter sind **Eva Katharina Lambert** (St. Ingbert) und **Sieglinde Weiser** (Homburg). Als Beisitzer fungieren: **Dr. Inge Christine Kimmerle**, **Helga Motsch**,



Von links: Christine Lieberknecht, MdL und Karin Wolff, MdL

**Meinungen und Informationen** aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU · **Herausgeber:** Jochen Borchert, Dr. Ingo Friedrich, Gustav Isernhagen, Dr. Hans Geisler, Dieter Hackler, Christine Lieberknecht · **Redaktion:** Klingelhöferstr. 8, 10785 Berlin, Tel. (030) 22070-432, Fax (030) 22070-436 · **Abonnement-Preis** jährlich 20,- DM · **Konto:** EAK, Postbank Köln, (BLZ 370 10050) 112100-500 oder Sparkasse Bonn (BLZ 38050000) 56267 · **Druck:** Union Betriebs-GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach · **Nachdruck** – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe kostenlos gestattet - Belegexemplar erbeten · Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung des Verfassers dar, nicht unbedingt die der Redaktion oder Herausgeber · **Papier:** 100% chlorfrei

**Adreßänderungen bitte immer an die Redaktion!**

*Liebe Leserinnen, liebe Leser,*

*wir freuen uns, dass Sie unsere „Evangelische Verantwortung“ beziehen und sie hoffentlich mit Interesse und Aufmerksamkeit lesen.*

*Eine Zeitschrift gestalten, drucken und versenden kostet viel Geld!*

*Daher unsere herzliche Bitte: Prüfen Sie, ob Ihnen die „EV“ eine Spende wert ist oder ob Sie sich zu einem bezahlten Abonnement entschließen können.*

*Wir wären Ihnen dankbar, wenn Sie unsere Arbeit auf diese Weise unterstützen und sehen darin auch für die Redaktion ein Zeichen der Bestätigung und Ermutigung.*

*Jochen Borchert*  
(Jochen Borchert, MdB)

**Konto: EAK, Postbank Köln (BLZ 370 100 50) 112100-500 oder Sparkasse Bonn (BLZ 380 500 00),  
Konto-Nr. 56 267**

## Unsere Autoren:

Klaus-Jürgen Hedrich, MdB  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Thomas Knirsch  
Konrad Adenauer Foundation  
P.O. Box 647  
Kampala/Uganda

oder  
KAS  
Postfach 1420  
53757 St. Augustin  
E-mail: kaf@imul.com

PfarrerIn Cornelia  
Füllkrug-Weitzel  
Staffenbergstr. 76  
70184 Stuttgart

Thomas Krüger  
Pressestelle des Kirchenamtes  
der Ev. Kirche Deutschlands  
Postfach 21 02 20  
30402 Hannover